

Bildungsthema: Die DKP als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, ihre Tradition, ihre Geschichte, ihr Aufbau und ihre Organisation (Langfassung)

40 Jahre DKP - Rückblick und Perspektiven

Fragen:

- Was waren die politischen und ideologischen Startblöcke, von denen aus die DKP mit zunächst 4 000 bis 5 000 Mitgliedern ins „Rennen“ ging und dann 1969 ihren ersten Parteitag durchführte?
- Was waren und sind die bestimmenden Grundsätze des innerparteilichen Lebens?
- Welche Lehren haben wir aus der Geschichte unserer Bewegung und Partei gezogen? Welchen Herausforderungen mussten wir seit 1989/90 begegnen?
- Was sind die Aufgaben einer marxistischen Partei heute und für die Zukunft und was unterscheidet die DKP von anderen Linken im Land?

Inhaltsverzeichnis:

1.	Wie alles begann	1
1.1.	Warum „Neukonstituierung“?	3
1.2.	Das Profil der DKP	4
2.	Zur programmatischen Entwicklung der DKP	5
2.1.	Essen 1969 – Für eine demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft	6
2.2.	Düsseldorfer Parteitag 1971 – Thesen für eine antimonopolistische Demokratie	7
2.3.	1974 – Erstes Pressefest der UZ	8
2.4.	Mannheimer Parteitag 1978 – Für eine Wende zu sozialem und demokratischen Fortschritt: Die DKP gibt sich ein Parteiprogramm	8
2.5.	1986 – Thesen des Hamburger Parteitages	9
2.6.	„BRD 2000“, Voluntarismus in der DKP	11
2.7.	1989/1990 – „Zeitenwende“	11
3.	Faktoren der Veränderung seit 1990 – Herausforderungen für die DKP	13
3.1.	Globalisierter Kapitalismus	13
3.2.	Der Krieg kehrt zurück	14
3.3.	Der Kapitalismus zerstört die Grundlagen menschlicher Existenz	14
3.4.	Strukturwandel der Arbeiterklasse	15
3.5.	Alte und neue Akteure des sozialen und antikapitalistischen Kampfes	16
3.6.	Von der globalisierungskritischen zur antikapitalistischen Bewegung	16
3.7.	Das Entstehen der Linkspartei	17
3.8.	Sozialismus des 21. Jahrhunderts	17
4.	„Sozialismus oder Barbarei“ - Schlussfolgerungen für die DKP	18

1. Wie alles begann

Am 14. Februar 1968 trug sich in der Münchner Ludwigs-Maximilians-Universität Bemerkenswertes zu: Bei einer Studierendenversammlung (damals hieß das noch Studentenversammlung) will die Polizei verhindern, dass Herbert Mies vom „Initiativausschuss für die Wiedenzulassung der KPD“ im Podium Platz nimmt um zum Programmwurf der KPD zu sprechen. Darauf hin lesen mehrere Studenten im Saal verteilt den Text des Programmwurf laut vor. Andere bilden einen dichten Ring um Mies, um ihn vor dem Zugriff der Polizei zu schützen.

Damals war die KPD seit zwölf Jahren verboten. In Europa existierten solche Verbote nur noch in den faschistisch regierten Ländern Spanien (Franco) und Portugal (Salazar).

In diesen 12 Jahren des Verbotes wurden ca. 150 000 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das KPD-Verbot durchgeführt, und ca. 8 000 Kommunistinnen und Kommunisten zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.

Die alte FDJ war weiterhin verboten aber am 5. Mai hatte sich die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend als Jugendverband gegründet, der sich an den Ideen von Marx, Engels und Lenin orientierte.

Der Kampf um eine legale Kommunistische Partei in der BRD wurde immer wichtiger, weil Ende der sechziger Jahre ein politischer Aufbruch sichtbar wurde, der sich an den Missständen und Widersprüchen der damaligen Zeit entzündete.

Diese „Achtundsechziger“ waren mehr als eine Studentenrevolte. Widerstand regte sich gegen den verbrecherischen Krieg der USA gegen Vietnam. Gewerkschaften und demokratische Kräfte wehrten sich gegen die Notstandsgesetze. Studierende gingen gegen Bildungsnotstand und für demokratische Lehrinhalte auf die Straße. Lehrlinge (so hießen damals Auszubildende) demonstrierten gegen eine „Reichsgewerbeordnung“, die noch immer gültige Grundlage der Berufsausbildung war und den Betrieben erlaubte „Lehrlinge zu halten“. Siemenslehrlinge in München sprengten eine Freisprechungsfeier.

Die Septemberstreiks in vielen Betrieben in der BRD und Frankreich drohten sich auszuweiten.

Gegen die Präsenz der NPD in 6 Landtagen und Altnazis (Filbinger) in Politik und Bundeswehr entstand eine starke antifaschistische Bewegung.

Die Schüsse auf Rudi Dutschke und die Ermordung Che Guevaras brachte Tausende Jugendliche auf die Straße. Bildzeitungsredaktionen wurden besetzt, die Auslieferung der Zeitungen verhindert, Redaktionsmobiliar verkleinert. Sogar innerhalb der Bundeswehr gab es kleine Zellen des Widerstandes gegen Militarismus und Naziungeist.

Die BRD gierte nach Atomwaffen und die Annexion der DDR. Die Grenzen Europas wurden von den Politikern der BRD nicht anerkannt, die Gefahr eines Krieges in Europa war virulent.

In vielen dieser Bewegungen waren Kommunistinnen und Kommunisten aktiv und bekannt und die Bundesjugendkonferenz der IG Metall nahm einen Antrag für die Wiedezulassung der KPD an.

Durch das Land wehte der Wind des Widerstandes, die Forderung nach einem Politikwechsel.

Im August 1968 spaltete die militärische Intervention der Sowjetunion in der CSSR die politische Linke in der BRD und ganz Europa.

In einem „Offenen Brief an westdeutsche Kommunisten“ den u. a. Andreas Buro, Wolfgang Abendroth, Arno Klönne und weitere Persönlichkeiten unterzeichnet hatten, wurden die Kommunisten aufgefordert, gegen diesen Einmarsch Stellung zu nehmen. In einem offenen Antwortbrief von 8 KPD-Vertretern wird eine grundsätzlich andere Beurteilung des militärischen Eingreifens der sozialistischen Länder mit dem Verweis auf eine konterrevolutionäre Gefahr in der ČSSR begründet.

Die Notwendigkeit einer legalen Kommunistischen Partei lag auf der Hand, aber es gelang nicht, das KPD-Verbot niederzuringen. Dennoch - die KPD war schon im Juni 1967 mit einem Programmentwurf an die Öffentlichkeit getreten.

Darin spricht sie sich für die „Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens“ und einen „friedlichen und demokratischen Weg zum Sozialismus“ durch einen „mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln geführten Klassen- und Volkskampf“ aus. Sie betonte in dem Programmentwurf, dass sie „ihre Politik auf dem Boden des Grundgesetzes“ gestaltet und „für die Verteidigung und Erweiterung der im Grundgesetz und in den Länderverfassungen verkündeten demokratischen Rechte“ eintritt. Das Programm akzeptierte ein „Mehrparteiensystem“ und das Recht einer parlamentarischen Minderheit auf Opposition, wenn sie „die Verfassung und die vom Parlament beschlossenen Gesetze einhält“.

1.1. Warum „Neukonstituierung“?

Die Aufhebung des KPD-Verbotess konnte nicht erreicht werden. Alle „Angebote“ von bundesdeutschen Politikern, doch eine reformierte KP zu gründen, wurden von den KPD-Vertretern abgelehnt. Den Rat, eine neue Partei zu gründen hatten sie stets entgegengehalten: Wir wollen das Original, keine sich den Herrschenden anpassende Kopie.

Angesichts dieser politischen Verhältnisse war eine Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei eine realistische Alternative.

Bei einer Zusammenkunft von 31 Kommunisten in Frankfurt/Main wird die Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei in der BRD erörtert. - Eine „Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“, die Bildung eines „Bundesausschusses“ und Wahl eines Arbeitsausschusses unter Leitung von Kurt Bachmann (weitere Mitglieder: Kurt Erlebach, Hamburg, Josef Mayer, Frankfurt/M., Ludwig Müller, Angermund bei Düsseldorf, Karl-Heinz Noetzel, Essen) wurden beschlossen. In der Erklärung betont die Partei ihre programmatische und organisatorische Selbstständigkeit. Sie erklärt: „Wir achten das Grundgesetz, wir verteidigen die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze. Mit der Neukonstituierung nehme die Partei „die Rechte aus Artikel 21 GG in Anspruch“. Es wird ein Aufruf zur Bildung von örtlichen Ausschüssen für die neue Partei verfasst.

Es war also keine Neugründung, sondern die in der BRD lebenden Kommunistinnen und Kommunisten konstituierten sich als neue, legale Partei.



Die Mitteilung über die Neukonstituierung der DKP am 25./26. September 1968 überraschte nicht nur die Medien, sondern auch viele Kommunistinnen und Kommunisten selbst. Bei der Pressekonferenz zur Bekanntgabe der Neukonstituierung im „Haus Kanne“ im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen waren rund 100 Medienvertreter anwesend.

Am 27. September 1968 erklärt der Regierungssprecher der Bundesregierung, Diehl, auf Anfrage von Journalisten in der Bundespressekonferenz, dass die Bundesregierung die Verfassungskonformität der neukonstituierten DKP überprüfe und sich dabei nicht nur mit ihrem Programm, sondern auch mit ihrem „weiteren Verhalten“ befasse. Wenn sowohl das Programm als auch das Verhalten dem Grundgesetz entspreche, könne die DKP nicht verboten werden.

Der SPD-Pressedienst reagiert am selben Tag mit wilden antikommunistischen Ausfällen auf die Konstituierung der DKP. Es wurde behauptet, dass die Kommunisten in der BRD „willige Handlanger des Sowjetimperialismus“ seien, denen man „auf die Finger schauen“ müsse und die „moralisch außerhalb unseres Volkes“ stünden. Seitens der Kommunisten wurde dazu daran erinnert, dass sie ähnliche Äußerungen ihres Ausschlusses aus der „Volksgemeinschaft“ zuletzt von den Handlangern der Nazis vernommen hätten.

Was waren die politischen und ideologischen Startblöcke, von denen aus die DKP mit zunächst 4 000 bis 5 000 Mitgliedern ins „Rennen“ ging und dann 1969 ihren ersten Parteitag durchführte?

1.2. Das Profil der DKP

Zum Profil der DKP gehörte von Anfang an unser Selbstverständnis als Partei der Arbeiterklasse und unsere **Orientierung auf die Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft**. Im Zusammenhang damit stand und steht auch unsere **Gewerkschafts- und Aktionseinheitspolitik**. Wir unterstützten bzw. waren beteiligt an Kämpfen für Arbeitszeitverkürzung und Erhalt von Arbeitsplätzen wie beispielsweise bei den Septemberstreiks, dem Kampf um die 35-Stunden-Wochen, in Rheinhausen oder wie beim Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze bei AEG, Siemens, Nokia usw. Kommunistische Betriebsräte sind bis heute Garanten konsequenter Klassenpolitik. In Aufarbeitung bitterer Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung haben wir von Anfang an bei aller notwendigen Kritik am sozialpartnerschaftlichen Verhalten von Gewerkschaftsführern ein konstruktives Verhältnis zu den Einheitsgewerkschaften entwickelt, in denen wir eine große Errungenschaft der Arbeiterbewegung unseres Landes sehen. Im Kontext damit waren und sind wir um das gemeinsame Handeln mit Sozialdemokraten für die Anliegen der arbeitenden Menschen bemüht.

Bei der Neukonstituierung der DKP war klar, dass wir eine Partei sind, die ihre ganze Tätigkeit auf die **Theorie von Marx, Engels und Lenin und deren schöpferische Anwendung auf die heutigen Bedingungen des Klassenkampfes** gründet.

Der **proletarische Internationalismus** war ein weiterer zentraler Grundgedanke bei der Neukonstituierung der DKP

Dies fand seinen Ausdruck nicht nur in der Verbundenheit mit den Ländern des realen Sozialismus, sondern auch in unserem Beitrag zur Solidarität mit dem Kampf der Völker Indochinas und vor allem Vietnams gegen die Aggression des US-Imperialismus, in der Unterstützung des Befreiungskampfes in den ehemaligen portugiesischen Kolonien und der Solidarität mit dem Portugal der Nelkenrevolution, in der Nikaraguasolidarität, im Kampf gegen die Apartheid und heute in unserer Verbundenheit mit dem sozialistischen Kuba, in unserer Solidarität mit den Befreiungskämpfen in Palästina sowie anderen Ländern der so genannten 3. Welt und den Arbeiterkämpfen in den imperialistischen Metropolen.

Unverwechselbares Markenzeichen der DKP war von Anfang an die **solidarische Verbundenheit mit den sozialistischen Staaten**, vor allem mit der Sowjetunion und der KPdSU, mit der DDR und der SED. Daran wurde schon bei der Konstituierung, die ja auf dem Höhepunkt der mit den damaligen Ereignissen in der ČSSR verbundenen antikommunistischen Welle erfolgte, keinen Zweifel gelassen. Und davon hat sich die DKP auch im Weiteren weder durch Ratschläge abbringen lassen, dass sie sich angeblich erfolgreicher entwickeln könne, wenn sie sich vom realen Sozialismus distanziert, noch durch den Knüppel der Berufsverbote.

Diese prinzipielle solidarische Haltung zu den Ländern des realen Sozialismus war richtig und problematisch zugleich.

Richtig, weil vor allen die Politik der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und der politischen Entspannung, die von den sozialistischen Ländern ausging, den Interessen der Mehrheit der Menschen in unserem Land und in Europa entsprach. Friedliche Koexistenz war die Hauptform des internationalen Klassenkampfes, mit dem der Imperialismus gezwungen wurde, die Existenz zweier Gesellschaftssysteme anzuerkennen und die Beziehungen der entsprechenden Staaten friedlich, zumindest nicht kriegerisch zu gestalten.

Der Kampf um die Anerkennung der DDR war ebenso Bestandteil dieser Politik wie die Erfahrung, dass unter dem Vorzeichen der friedlichen Koexistenz nationale Befreiungsbewegungen erfolgreicher agieren konnten.

Abrüstung, friedliche Koexistenz, Abschaffung aller Atomwaffen, Anerkennung der Grenzen in Europa, Schluss mit dem Krieg gegen Vietnam – das war ein wichtiger Teil des außenpolitischen Konsenses, auf dem unsere Solidarität mit den Ländern des realen Sozialismus beruhte.

Aber es wäre falsch, die verhängnisvolle Seite dieser prinzipiellen Solidarität mit den Ländern des realen Sozialismus zu unterschlagen. Aus falsch verstandener Solidarität wurden Fehlentwicklungen und Deformationen bis hin zu der Tragödie stalinistischer Massenrepressionen und Verbrechen von uns nicht thematisiert. Dieser Teil unserer Geschichte wurde von uns nicht oder kaum bearbeitet. Die unbestreitbaren Vorzüge und Errungenschaften, der zivilisatorische Fortschritt der sozialistischen Länder verstellten oft den Blick auf jene problematischen Seiten, die sich später als verhängnisvoll zeigten und mit zur Niederlage des Sozialismus führten.

Zu den Grundsätzen des innerparteilichen Lebens gehörten und gehören – auch hier lernten wir aus unseren geschichtlichen Erfahrungen: die Wählbarkeit aller Leitungen von unten nach oben, die Rechenschaftspflicht, die Einbeziehung der ganzen Partei in die Entwicklung der Politik und Programmatik, zentralisiertes, einheitliches Handeln durch die Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeordneten gewählten Parteiorgane für die nach geordneten Leitungen und die Mitgliedschaft, die Organisation der Partei in Grundorganisationen und die Pflicht eines jeden Mitglieds, in einer Grundorganisation mitzuarbeiten, sich im Rahmen der persönlichen Möglichkeiten in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzubringen und sich theoretisch weiterzubilden. (Vgl. Parteiprogramm der DKP)

Und zu den Gründungsgedanken der DKP gehörte nicht zuletzt, dass wir von Anfang an daran gearbeitet haben, eine Programmatik zu entwickeln, in der unser sozialistisches Ziel im Sinne der Grundaussagen von Marx, Engels und Lenin mit dem Nachdenken über die konkrete Gestaltung dieses Zieles unter den Bedingungen unseres Landes und vor allem mit der Suche nach einer Strategie antimonopolistischer Übergänge verbunden wird, die uns an dieses Ziel heranführen kann.

2. Zur programmatischen Entwicklung der DKP

Es erwies sich bald als notwendig, über den Stand der Entwicklung der Partei eine erste Bilanz zu ziehen und die Weichen für die weitere Arbeit zu stellen. Mit dieser Aufgabe befasste sich die Erste Bundeskonferenz der DKP, die am 27. Oktober 1968 nach Offenbach am Main einberufen wurde.

Die Bundeskonferenz bildete den Abschluss der ersten Phase der Konstituierung und leitete die abschließende Phase ein. An der Offenbacher Konferenz nahmen

fünfhundert Vertreter der örtlichen Ausschüsse teil. Im Referat über Aufgaben und Ziele der DKP konnten wir als Anfangsbilanz feststellen: „9 085 Arbeiter und Angehörige verschiedenster Berufe, vor allem junge Menschen hatten inzwischen Bereitschaftserklärungen zum Eintritt in die DKP abgegeben. Dieser Wiederhall bewies die Richtigkeit des Zeitpunktes für die Neukonstituierung der Partei, die sich anschickte, ein politisches Vakuum auszufüllen und die sich die Aufgabe stellte, die politische Landschaft in der Bundesrepublik zu verändern.“

In ihrer Konstituierungsphase musste sich die DKP entscheiden, in welcher Form sie sich an den Bundestagswahlen 1969 beteiligen würde. Sie selbst befand sich noch im Aufbau und in einem Lernprozess über die wahlpolitische Seite ihres Wirkens. Unter den gegebenen Bedingungen und Umständen erklärte die DKP auf dem Offenbacher Kongress ihre Bereitschaft, „...am Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969 teilzunehmen, weil das gemeinsame Auftreten aller demokratischen und sozialistischen Kräfte gegen die fortschreitende Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik eine zwingende Notwendigkeit ist“. Zugleich betonte sie, dass sie im Aktionsbündnis - wie jede andere Gruppierung dieses Zusammenschlusses ihre Selbständigkeit bewahren und über die gemeinsamen Vorstellungen hinaus auch ihre weitergehenden Ziele und Auffassungen vertreten werde. Dieses Aktionsbündnis kandidierte unter dem Namen „Aktion demokratischer Fortschritt (ADF)“ zu den Bundestagswahlen 1969.

Von großer Bedeutung sowohl für die Entwicklung der DKP in ihrer Konstituierungsphase und darüber hinaus war das Erscheinen der Wochenzeitung „**Unsere Zeit**“. Im März 1969 waren die Vorbereitungen für das Erscheinen der UZ soweit gediehen, dass am 11. März 1969 der Sprecher des Bundesausschusses mitteilen konnte: Ab April 1969 erscheint in Essen eine neue Wochenzeitung, Titel: „UZ- Unsere Zeit, Sozialistische Wochenzeitung“. Die Null-Nummer der UZ erschien schon vorher, am Freitag, dem 14. März 1969.

2.1. Essen 1969 – Für eine demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft

Das erste programmatische Dokument der DKP war die vom Essener Parteitag 1969 beschlossene „Grundsatzklärung“, zu der über 1 000 Änderungsvorschläge eingegangen waren. Es war dies noch kein Programm der Partei. Die Aussagen zum Sozialismus beschränken sich auf eine knappe Charakterisierung der Grundlagen dieser Gesellschaft. Es heißt dort: „Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten voraus. Der Sozialismus gründet sich wirtschaftlich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, auf die planvolle und rationelle Nutzung und Mehrung aller gesellschaftlichen Quellen und Mittel zum Wohle des ganzen Volkes.“

Hinsichtlich des Sozialismus in der Bundesrepublik wird lediglich festgestellt, dass die DKP den für das arbeitende Volk günstigsten Weg zum Sozialismus, einen Weg ohne Bürgerkrieg, erstrebt und dass die sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Erfahrungen der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung die Formen und Methoden des Kampfes für den Sozialismus in der Bundesrepublik gemeinsam erarbeiten werden. Weiter heißt es: „Dabei ist infolge der andersgearteten geschichtlichen Situation und der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen eine schematische Nachahmung des in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern beschrittenen Weges nicht möglich.“

Hauptinhalt der Grundsatzklärung war die Aufgabenstellung für die unmittelbar nächste Kampfetappe. Der reaktionären und aggressiven Politik des Großkapitals wird die Alternative einer demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft entgegengestellt. Danach beginnt die demokratische Erneuerung mit der Beseitigung des Neonazismus und seiner Grundlagen, der Erweiterung des Einflusses der friedliebenden und demokratischen Kräfte auf Staat, Gesellschaft und Politik, der Beendigung der militärischen Großmachtspolitik. Demokratische Erneuerung bedeutet Einschränkung der Macht des Großkapitals und des Militarismus und ihre schließliche Überwindung. Und sie bedeutet die Erweiterung der politischen Rechte, die Verwirklichung der Mitbestimmung und Kontrolle, die Überführung der großen Konzerne in Gemeineigentum, eine demokratische Wirtschaftsplanung, soziale Sicherheit und fortschrittliche bildungs- und kulturpolitische Reformen.

Diese strategische Orientierung beginnt nicht zufällig mit dem Ziel der Beseitigung des Neonazismus und seiner Grundlagen, war doch zu dieser Zeit ein sprunghaftes Anwachsen der neonazistischen Kräfte zu beobachten. Die NPD war in mehreren Landtagen vertreten. Unter diesen Bedingungen galt es, alle demokratischen Kräfte auf den gemeinsamen Kampf gegen die neonazistischen Gefahren zu orientieren.

2.2. Düsseldorfer Parteitag 1971 – Thesen für eine antimonopolistische Demokratie

Anfang der siebziger Jahre fanden in Europa wichtige Veränderungen statt, für die wir als DKP sowie die sozialistischen Länder lange eingetreten sind. Mit den Verträgen zwischen der BRD und der Sowjetunion, der VR Polen, der CSSR und der DDR wurden die Grenzen in Europa anerkannt. Die Politik der friedlichen Koexistenz war in diesem Punkt erfolgreich, die DKP im Aufwind sollte mit der Politik der Berufsverbote und des Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD gestoppt werden

Von diesen Berufsverboten waren Tausende Menschen; nicht nur Kommunistinnen und Kommunisten, betroffen. Es zielte vor allem darauf, diese aus den Bereichen der Bildung, der Wissenschaft und des öffentlichen Dienstes auszuschließen. Die war ein enormes Hemmnis für die weitere Entwicklung und die Einflussmöglichkeiten der DKP

Auf dem Parteitag 1971 in Düsseldorf stand also die Aufgabe, unsere strategische Orientierung zu präzisieren und auf diese neuen Entwicklungen Bezug zu nehmen.

In den Thesen des Düsseldorfer Parteitags wurde die Alternative des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus formuliert. Dazu heißt es: „Eine antimonopolistische Demokratie hat die grundlegende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, die Erkämpfung einer von der Arbeiterklasse geführten und gemeinsam mit allen antimonopolistischen Kräften getragenen Staatsmacht zur Voraussetzung. Durch die Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien, der marktbeherrschenden Unternehmen, der Bankkonzerne und großen Versicherungsgesellschaften, der Pressemonopole und Kulturkonzerne in gesellschaftliches Eigentum - bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse, die anderen antimonopolistischen Kräfte und ihre Organisationen - wird die ökonomische Macht des Monopolkapitals gebrochen.“

Unter einer antimonopolistischen Demokratie haben wir eine Periode des Kampfes verstanden, in der noch Elemente des Kapitalismus, aber auch schon Keimformen des Sozialismus vorhanden sind, wobei zunächst noch die Elemente des Alten überwiegen, im Klassenkampf aber mehr und mehr die Keimformen der neuen Gesellschaft das Übergewicht erlangen müssen, wenn es der Konterrevolution nicht gelingen soll, den revolutionären Prozess zu ersticken. Darum sind wir stets davon

ausgegangen, dass die antimonopolistische und die sozialistische Umwälzung miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Prozess des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus darstellen.“ „Deshalb“ - so wird in den Thesen hervorgehoben – „ist der Kampf um die antimonopolistische Demokratie Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus.“

Aufgrund der heutigen Bedingungen, des Klassenkampfes, so heißt es in dem Dokument, geht die DKP davon aus, dass der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte um die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft, um eine antimonopolistische Demokratie, am besten geeignet ist, den Weg zum Sozialismus zu öffnen.“

Und weiter: „Die Entwicklung zum Sozialismus vollzieht sich jedoch nicht automatisch. Er kann weder importiert werden, noch kommt er durch einen Putsch oder eine Verschwörung zustande. Der Sozialismus kann nur das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen selbst sein.“

Das politische Konzept einer antimonopolistischen Demokratie als eine mögliche Übergangsform zwischen Kapitalismus und Sozialismus war ein wichtiger, auch international beachteter Beitrag zu den theoretischen Überlegungen, einen Übergang zu sozialistischen Gesellschaftsformationen auch in einem hoch entwickelten kapitalistischen Land zu bewerkstelligen.

Möglich wurde diese theoretische Leistung auch, weil die Partei über die Arbeiterklasse hinaus auch eine erhebliche Ausstrahlung in Schichten der Intelligenz, der wissenschaftlich und kulturell Tätigen Menschen entwickeln konnte.

Dies war nicht zuletzt zurückzuführen auf die Gründung und Entwicklung des Marxistischen Studentenbundes Spartakus (MSB), der ab 1970 der größte und einflussreichste Studentenverband war, der sich eng mit der DKP verbunden fühlte.

2.3. 1974 – Erstes Pressefest der UZ

Im Sommer 1974, sechs Jahre nach der Neukonstituierung der Partei, fand auf den Düsseldorfer Rheinwiesen das erste Pressefest der UZ, Wochenzeitung der DKP statt. Der große Erfolg war sogar für die Kommunistinnen und Kommunisten überraschend und erschreckend für die Herrschenden.

Die DKP, noch immer weit entfernt von wirklichem Masseneinfluss, wurde zumindest als zum Land gehörige Partei wahrgenommen und bewies erhebliche Anziehungskraft innerhalb der politischen Linken, auf junge Menschen, Kulturschaffende und Intellektuelle. Ansätze einer demokratischen und sozialistischen Gegenkultur konnten entwickelt werden. Diese, meist im 2-Jahresabstand durchgeführten Feste sind bis heute wesentlicher Bezugspunkt für die Mitglieder der DKP und wichtigste Öffentlichkeitsarbeit der Partei.

2.4. Mannheimer Parteitag 1978 – Für eine Wende zu sozialem und demokratischen Fortschritt: Die DKP gibt sich ein Parteiprogramm

Bei der Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt ging es um eine Aufgabe, die sich durch die politischen Entwicklungen Mitte der siebziger Jahre und das gegebene Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik stellte. Das Monopolkapital erstrebte einen reaktionären Ausweg aus den sich entfaltenden Krisenerscheinungen. Diese Entwicklung wurde mit dem Abbau sozialer und demokratischer Errungenschaften in der Endphase der Schmidt-Regierung eingeleitet und von

der Kohlregierung verstärkt fortgesetzt. Der reaktionären Wende galt es den Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt entgegenzustellen. Zum Ausgangspunkt dieser Orientierung wurde die Verteidigung der erreichten Standards des sozialen und politischen Lebens und das Bemühen darum, die Kräfte für nächste Schritte nach vorn zu sammeln. Diese wurden als Programm für die unmittelbar vor uns liegende Kampfetappe so zusammengefasst: „Die DKP erachtet es als möglich und im Interesse der Arbeiterklasse erstrebenswert, dass das Ringen um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt in eine antimonopolistische Demokratie einmündet.“

Das Programm hielt an der Aussage fest, dass wir - ausgehend von den gegebenen Bedingungen - den Kampf für antimonopolistische Demokratie für am besten geeignet halten, den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Die Aussagen zum Inhalt einer antimonopolistischen Demokratie werden aber gegenüber den Düsseldorfer Thesen prozesshafter und detaillierter.

Neu im Mannheimer Programm war, dass unser sozialistisches Ziel ausführlicher behandelt wurde. Ausgehend von prinzipiellen Formulierungen über die Notwendigkeit des Sozialismus für die Bundesrepublik und über die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, die auch das Bild einer sozialistischen Bundesrepublik prägen müssen, haben wir eine Reihe nationaler Besonderheiten für unser Land genannt. Dazu gehörte die Aussage, dass es in einer sozialistischen Bundesrepublik verschiedene Parteien geben wird und dass unser Bemühen dahin geht, diese in ein Bündnis zusammenzuführen. Dazu gehörten die Formulierungen über die Rolle des Bundestages als Organ wirklicher Volkssouveränität in einer sozialistischen Bundesrepublik, über unsere positive Haltung zum bundesstaatlichen Aufbau und die große Rolle, die den Gewerkschaften, als breitesten Massenorganisationen der Arbeiter und Angestellten sowie den betrieblichen Vertretungsorganen in einer sozialistischen Bundesrepublik zukommen.

Im Programm wurden neue Aussagen zum Eigentum in einer sozialistischen Bundesrepublik gemacht. Ausgehend von der prinzipiellen These, dass der Sozialismus das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln erfordert, wurde unterstrichen: „Der Sozialismus bedeutet nicht weniger, sondern mehr Sicherheit für das persönliche Eigentum der Bevölkerung. Der sozialistische Staat wird das persönliche Eigentum der Bürger und das Erbrecht zuverlässig schützen. Den werktätigen Bauern, den Handwerkern, den Gewerbetreibenden und den kleinen Unternehmern droht keine Enteignung. Beim Aufbau des Sozialismus werden sie günstige Bedingungen für die Entfaltung ihrer Initiative erhalten und in einem langen Prozess an der Seite der Arbeiterklasse - durch genossenschaftliche Zusammenschlüsse und andere Formen der Zusammenarbeit - selbst die Wege finden, auf denen sie ihre persönlichen Interessen am vorteilhaftesten mit denen der ganzen Gesellschaft in Übereinstimmung bringen können. Die DKP tritt dafür ein, bei der Überführung von Unternehmen in öffentliches Eigentum die Entschädigungsregelungen insbesondere die Interessen der Kleinaktionäre zu berücksichtigen“.

2.5. 1986 – Thesen des Hamburger Parteitag

In den Jahren nach dem Mannheimer Parteitag vollzogen sich wichtige neue Prozesse oder ihre Wirkungen traten deutlicher zutage. Zu nennen wären vor allem die Zuspitzung der Gefahr eines alles vernichtenden Atomkrieges, und im Zusammenhang damit die Auseinandersetzung um die Stationierung neuer Raketen auf deutschem Boden - was einen bedeutenden Aufschwung der Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre bewirkte.

Die Bewegung gegen die Stationierung neuer Atomraketen wurde wesentlich von der DKP inspiriert und organisatorisch unterstützt.

Trotz einer immensen Gegenpropaganda über eine angebliche Bedrohung aus dem Osten durch die sowjetischen SS-20-Raketen ist es gelungen klar zu machen, dass sich die USA mit den Pershing II und cruise missiles sich eine Erstschlagsoption zu legen wollten und zu einer realen Kriegsgefahr in Mitteleuropa wurden.

In diesem Kampf gelang es der DKP sich auf einen über einen bestimmten Zeitraum auf einen Schwerpunkt zu konzentrieren und wurde als eine wesentliche Stütze und als eine Inspiratorin der Friedensbewegung wahrgenommen.

Das Voranschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution schuf viele neue Probleme: Veränderungen in den Betrieben, in der Struktur und Lebensweise der Arbeiterklasse und ihrem sozialen Umfeld, die mit neuen Technologien verbundenen Gefahren traten stärker hervor. Es bildeten sich die damals als neue soziale Bewegungen bezeichneten Protestpotentiale heraus, aus deren Mitte die Grüne Partei entstand. Heftige ideologische Kontroversen, die auch in unsere Partei hineinwirkten, entfalteten sich über das Für und Wider der zivilen Nutzung der Kernenergie, über ökologische Probleme und dabei auch über die Ökologieproblematik in den sozialistischen Ländern, über die Frauenfrage, über die Rolle der Arbeiterklasse u. a.

Diesen und anderen Fragen haben wir uns 1986 mit den Thesen des Hamburger Parteitages, einem weniger programmatischen als vorrangig der ideologischen Klärung dienenden Dokument gestellt.

Zu einem grundsätzlichen Nein zu Kernenergie konnte sich die DKP damals nicht durchringen, was angesichts der Katastrophe von Tschernobyl besonders verhängnisvoll war.

Unsere Haltung zur Kernenergie war einerseits von der Einschätzung bestimmt, dass ihre Nutzung notwendiger Bestandteil eines strategischen Gleichgewichtes zwischen USA und UdSSR war, dies aber eben zugleich ein Gleichgewicht des Schreckens und der permanenten Gefahr der Auslöschung der Menschheit bedeutete.

Aber es gab auch manche in der DKP, die versuchten, die Richtigkeit der Nutzung der Kernenergie aus der marxistischen Theorie abzuleiten. Hier verkam die Auslegung des Marxismus zu einer Legitimationsideologie in der die Theorie reale Verhältnisse nicht analysieren, sondern rechtfertigen sollte. Marxismus wurde so verkürzt, bis er zu den Unzulänglichkeiten der Verhältnisse passte.

Die Probleme der stofflichen Seite des kapitalistischen wie des sozialistischen Reproduktionsprozesses und die damit verbundene und sich abzeichnende Menschheitskrise wurden von uns nicht entsprechend bearbeitet.

Nicht beachtet wurden von uns auch die sich abzeichnenden Krisenerscheinungen der sozialistischen Länder. Es zeigte sich immer mehr, dass sich der Funktionsmechanismus dieses Sozialismusmodells weitgehend erschöpft hatte und die Politik des Tödrüstens unübersehbare Wirkungen zeigte.

Erst zwanzig Jahre später sollten wir rückblickend im Parteiprogramm von 2006 schreiben: „Durch die staatliche Durchdringung aller Bereiche der Gesellschaft wurde die Eigeninitiative gehemmt. Immer weniger fand eine Streitbare Debatte um Perspektiven statt. In dieser Zeit verlor die Partei an Glaubwürdigkeit und Hegemonie. Politische und organisatorische Grundsätze der KPdSU wurden zunehmend außer Kraft gesetzt. An die Stelle von innerparteilicher Demokratie, Kollektivität und Solidarität traten autoritäre Maßnahmen.“

Die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den realsozialistischen Ländern der 80er Jahre boten keinen Rahmen für die Entwicklung der neu aufkommenden Produktionsmittel und Produktivkräfte.

So erfüllte sich auf tragische Weise, was Marx unter anderen Vorzeichen schon in der Kritik der politischen Ökonomie vorhersagte: Dass, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse zu Fesseln der Produktivkräfte werden, Epochen sozialer Revolutionen eintreten. Seit 1989 wissen wir, dass es sich dabei auch um Konterrevolutionen handeln kann.

2.6. „BRD 2000“, Voluntarismus in der DKP

Ende der 80er Jahre wurden dann in der Partei die Entwürfe für ein neues programmatisches Grundsatzdokument unter der Bezeichnung „BRD 2000“ diskutiert. Ausgangspunkt für „BRD 2000“ waren eine aus heutiger Sicht falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der internationalen Arena, sowie die von der Gorbatschow-Politik geschaffene Illusion über die Friedensfähigkeit des Kapitalismus.

Die „Friedensfähigkeit“ des Kapitalismus wurde u. a. abgeleitet, von einer fälschlicherweise konstatierten gewachsenen Stärke des sozialistischen Lagers, obwohl sich dort die Probleme und Unzulänglichkeiten des Systems im ökonomischen, gesellschaftlichen und ideologischen Bereich immer deutlicher zeigten.

Hauptproblem in dieser Debatte war jedoch etwas Anderes. Es wurde nicht erkannt, dass sich der nationalstaatlich organisierte Kapitalismus zunehmend zu einem transnationalen Kapitalismus umformte, der begann, global zu agieren. Neue Produktivkräfte entstanden und brachten neue Gesellschaftsstrukturen eines neoliberalen Kapitalismus hervor.

Die Profitlogik des sich herausbildenden globalen Kapitalismus ließ sich immer weniger mit sozialen Reformen und Zugeständnissen vereinbaren, die bis dahin funktionsfähiger Bestandteil des Systems waren, das auch „Sozialstaat“ genannt wurde.

Davon ausgehend war der Streitpunkt damals: Ist eine Reformalternative vorstellbar, in der durch den Kampf der Arbeiterklasse und anderen gesellschaftlichen Gruppen noch innerhalb des kapitalistischen Systems die Profitlogik eingeschränkt und in Teilen auch überwunden werden kann?

In dieser Parteiauseinandersetzung, die Ende der 80er Jahre begann, spielte „BRD 2000“ eine bedeutende Rolle. Während sich gegen die darin enthaltenen reformistischen Positionen Widerstand in beträchtlichen Teilen der Partei, einschließlich von Teilen der Parteiführung entfaltete, waren einige der sich „Neuerer“ nennenden Kräfte der Parteioption mehr und mehr bemüht, das Konzept der „Reformalternative“ weiter in die reformistische Richtung voranzutreiben.

So wurden diskussionswürdige Ansätze des Dokumentes nicht für eine notwendige Neuorientierung der Partei genutzt.

2.7. 1989/1990 – „Zeitenwende“

Der Zusammenbruch der sozialistischen Ordnungen in Europa war eine „Epochenzäsur“ (Harald Neubert). Mit der Niederlage des Sozialismus brach die mit der Oktoberrevolution eingeleitete Entwicklung – zumindest in Europa – ab. (zu den Ursachen: Vgl. Programm der DKP, vgl. Bildungsthema 1 – 2008: Die sozialistische Alternative im Programm der DKP – Geschichte und Perspektiven)

Der Zusammenbruch des realsozialistischen Systems hat die Welt und die darin herrschenden Kräfteverhältnisse radikal verändert. Ein global operierender und scheinbar schrankenloser Kapitalismus breitete sich über den Erdball aus, der alle gesellschaftlichen Verhältnisse dem Diktat der globalisierten Kapitalverwertung unterwarf.

Nirgends in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern konnten sich die Kommunistischen Parteien, so sie Teil dieses Systems waren, dem Fiasko dieses Scheiterns entziehen.

Bis heute besteht ein wesentlicher Grund für den geringen Einfluss der DKP auch im politisch linken Spektrum darin, dass wir zurecht oder zu unrecht mit dem gescheiterten Sozialismusmodell identifiziert werden, ein neues, mehrheitsfähiges sozialistisches Gesellschaftsprojekt noch nicht in Sicht ist.

Die DKP verlor nicht nur die Mehrheit ihrer Mitglieder, sondern auch ihre gesamte politische Infrastruktur, sie kämpfte ums Überleben. Zu den größten Leistungen zählt, dass die DKP auch unter den neuen, veränderten Bedingungen erhalten werden konnte.

In teils heftigen Auseinandersetzungen und immer lebendigen Diskussionen Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre verständigten sich die verbliebenen Mitglieder der DKP kollektiv darüber, dass eine revolutionäre, marxistische Partei der Arbeiterklasse gerade in der größer gewordenen kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland nicht überflüssig geworden, sondern notwendig ist.

Notwendig war in den Jahren nach 1990 die Reorganisation und Neuformierung der Kräfte unter den neuen Kampfbedingungen. Auch alle Voraussetzungen der Arbeit der DKP haben sich nach 1990 radikal verändert und auch die Partei selbst veränderte sich, musste sich ändern. Dabei stand für eine längere Phase für uns konkret zunächst der Erhalt der DKP als kommunistische Partei im Vordergrund. Das war und ist keine leichte Aufgabe. Vor allem auch, was die finanzielle Sicherstellung der politischen Arbeit und der Herausgabe der UZ u. a. Parteiveröffentlichungen betrifft.

Aber auch unsere theoretischen Aussagen standen auf dem Prüfstein. Nach 1989/90 existierten wichtige gesellschaftliche Bedingungen, auf denen frühere programmatische Aussagen der KPD und der DKP wie der ganzen kommunistischen Bewegung beruhten, nicht mehr. Die kommunistische und Arbeiterbewegung hatte eine tiefe Niederlage erlitten, das Kräfteverhältnis in der Welt hatte sich grundlegend geändert.

Es ging zunächst um eine umfassende Einschätzung der neuen Bedingungen. Erforderlich waren Folgerungen aus der Niederlage von 1989/90 und eine Überprüfung unserer Vorstellungen über gesellschaftliche Entwicklungsprozesse. Notwendig war eine theoretische Debatte über eine Reihe von Grundfragen unserer Bewegung. Welche Aufgaben hat eine Kommunistische Partei in „nichtrevolutionären Zeiten“, speziell unter den Bedingungen und Folgen der tiefen Niederlage der revolutionären Arbeiterbewegung 1989/90? Dabei mussten die neuen Kampfbedingungen beachtet werden und entsprechende Folgerungen für die Methoden des Kampfes und die Organisation waren zu ziehen.

Nach 1990 kamen - aus anderen Zusammenhängen und mit anderen Erfahrungen - zahlreiche neue Mitglieder in die DKP, die die bisherigen theoretischen und politischen Diskussionsprozesse in der DKP sowie Erfahrungen der Organisationspolitik nicht kannten und teilweise niemals Gelegenheit hatten, sich gründlich marxistisch zu bilden. In mancher Diskussion zeigten sich die theoretischen Defizite, zeigte sich mangelndes Wissen oder fehlende methodische Kenntnisse. In mancher Aktion

zeigte sich ein Mangel an Erfahrung. Auch die organisatorischen Grundprinzipien unserer Partei mussten sich viele neue Mitglieder aneignen.

Eine wesentliche Besonderheit bestand auch darin, dass in den neuen Bundesländern sich Kommunistinnen und Kommunisten in verschiedenen Parteien, vor allem der PDS und der DKP organisierten. Diese Änderungen fanden ihren Niederschlag im 2006 beschlossenen Parteiprogramm und der heftig darum geführten Debatte.

In der DKP muss in dieser Debatte gelernt werden, verschiedene und z. T. stark divergierende Meinungen fruchtbar zu machen. Im Programm der DKP heißt es dazu: „Die Gemeinsamkeit der Weltanschauung und der politischen Ziele bestimmt die Prinzipien des innerparteilichen Lebens der DKP. Sie schafft die Voraussetzung dafür, dass sich die DKP als eine einheitliche und solidarisch handelnde Kampfgemeinschaft von Gleichgesinnten entwickelt. Meinungsvielfalt, streitbare Diskussion und gemeinsame Aktion bilden eine Einheit. Die Mitglieder der DKP lassen sich von dem Grundsatz leiten, dass nur ein einheitliches, von der ganzen Partei getragenes Handeln das Unterpfand ihrer Aktionsfähigkeit und Stärke ist. Voraussetzung dafür ist die solidarische Diskussion und die Erarbeitung von Übereinstimmung. Darum verbindet sich in der DKP breite innerparteiliche Demokratie mit dem Grundsatz der einheitlichen, zentralisierten Aktion.“

Angesichts der rasanten und fundamentalen Veränderungen aller gesellschaftlicher Verhältnisse und der damit verbundenen Diskussionsnotwendigkeiten, ist ein Zurück zu einer Partei als „homogenem Einheitsblock“, ohne Meinungsvielfalt und streitbare Diskussion auf gemeinsamer weltanschaulicher und politischer Grundlage, weder vorstellbar noch aussichtsreich.

3. Faktoren der Veränderung seit 1990 – Herausforderungen für die DKP

3.1. Globalisierter Kapitalismus

Mit der Niederlage und dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa und - im übertragenen Sinn - auch dem „Fall“ der chinesischen Mauer wurde ein globales System der Kapitalverwertung rund um den Globus möglich.

Kapitalismus heute unterscheidet sich von den von Marx und Lenin beschriebenen Tendenzen dadurch, dass transnationale Konzerne ihr „überschüssiges“ Kapital nicht einfach im Ausland investieren um dortige Märkte zu erschließen oder Waren günstig für den Weltmarkt zu produzieren. Vielmehr machen es die modernen Kommunikations- und Transportsysteme möglich und rentabel, dass diese Konzerne ihre Produktionsprozesse inklusive Forschung, Entwicklung, Marketing usw. in einzelne Segmente zerlegen und um den ganzen Erdball verteilen, Produktionsstätten zu globalen Wertschöpfungsketten verknüpfen, also globale Fabriken errichten.

Länder mit den niedrigsten Löhnen, den laschesten Umweltbestimmungen, den größten Steuervorteilen oder einem hohen Bildungs- und Ausbildungsstandard werden zu weltweiten Standorten „globaler Fabriken“ kombiniert. Diese unterwerfen den ganzen Globus den Verwertungserfordernissen des Kapitals.

Die Produktivkräfte haben einen Entwicklungsstand erreicht, der eine globale Verwertung des Kapitals sowohl ermöglicht als auch erzwingt. Dominierend sind dabei transnationale Konzerne und Finanzinstitutionen, die den Weltmarkt beherrschen und dem kapitalistischen Verwertungsprozess bestimmen.

Dabei führt die Globalisierung nicht zu einem Bedeutungsverlust oder gar zum Verschwinden der Nationalstaaten, sondern zu deren Transformation zu nationalen Wettbewerbsstaaten, die miteinander um die besten Verwertungsbedingungen für

das internationale Kapital konkurrieren. Die Nationalstaaten gehören somit zu den Hauptinstrumenten des kapitalistischen Globalisierungsprozesses.

Aus dem „Hauptfeind im eigenen Land“ (Liebknecht) wurden transnational agierende Konzerne, der „deutsche Imperialismus“ wurde integraler Bestandteil einer kapitalistischen Globalstrategie, die alle Regionen der Erde dem kapitalistischen Verwertungsprozess unterwerfen will.

Die liberalisierten Finanzmärkte vernetzen sich zu einem gigantischen Weltfinanzmarkt.

Deshalb haben wir in der Diskussion um unser neues Parteiprogramm kontrovers diskutiert:

- Welche Entwicklungen prägen den Kapitalismus heute? Was sind die Haupttendenzen?
- Was ist die kommunistische Alternative zur kapitalistischen Globalisierung?
- Ist der „deutsche Imperialismus“ der „Hauptfeind im eigenen Land“ oder geht es zunächst darum, z. B. sozialstaatliche Errungenschaften im „eigenen“ Land gegen global operierende transnationale Konzerne zu verteidigen?

3.2. Der Krieg kehrt zurück

Diese „globale Fabrik“ erfordert einen globalen „Betriebsfrieden“, Krieg, militärische Gewaltandrohung oder ökonomischer Druck werden zu prägenden Kategorien einer kapitalistischen Weltmarktordnung.

Die Kriege gegen den Irak, gegen Jugoslawien oder Afghanistan waren und sind ihrem Wesen nach Ressourcenkriege. Der Zugriff auf die Schlüsselressourcen Öl, Gas, Wasser, deren entsprechende Transportwege sowie die Sicherheit der Produktivitätsinseln rund um den Globus sind wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren der globalen Wertschöpfungskette. Die Verteilungskämpfe um knapper werdende fossile Energieträger werden immer kriegerischer.

„Alternativen“ nach dem Muster der transnationalen Konzerne und ihrer Politiker in den Metropolen (AKWs, Bio-Sprit, CO₂-Verflüssigung bzw. –Vergrabung) schaffen neue, möglicherweise noch größere Probleme für Mensch und Umwelt – Bio-Sprit für Autos statt Brot für die Welt.

Ebenso soll der Widerstand gegen Unterdrückung und Armut, der gesellschaftliche Zerfall in weiten Regionen der Erde mit dem Militärknüppel in Schach gehalten werden. Es wird versucht, eine globale politisch-militärische Diktatur im Interesse des globalen Kapitals zu errichten.

Es bestätigt sich die Erfahrung: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“.

Mit dem Krieg nach außen wachsen auch die Tendenzen hin zu einem autoritärem, repressiven, faschistoidem Kapitalismus, in dem zunehmend Grundrechte abgebaut werden und ein System der Überwachung durch Staat und Betriebe um sich greift.

3.3. Der Kapitalismus zerstört die Grundlagen menschlicher Existenz

Die heutige Form schrankenloser Kapitalverwertung verschärft nicht nur den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, sondern gefährdet die menschlichen Lebensgrundlagen und setzt damit die Existenz der Gattung Menschheit aufs Spiel.

Der ölbasierte Kapitalismus der im Wesentlichen die Verbrennung endlicher fossiler Brennstoffe als Grundlage hat, zerstört die Voraussetzungen menschlichen Lebens auf der Erde.

Die Klimakrise offenbart die gravierendste und katastrophalste Form des kapitalistischen Marktversagens. Die Menschheit sieht sich einer existentiellen Krise gegenüber und die Gefahr eines „Öko-Imperialismus“ ist real.

Es geht also heute um mehr als die Änderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln. Es geht darum eine Produktionsweise zu entwickeln, die zur Grundlage hat, dass auf dem Erdball 6 Milliarden Menschen mit den gleichen Rechten und Ansprüchen leben und nachfolgende Generationen noch eine bewohnbare Erde vorfinden.

Dieser „neue“ Widerspruch wird zunehmend zu einem grundlegenden antagonistischen Widerspruch der Gegenwart, der den klassischen antagonistischen Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit jedoch nicht aufhebt, ihn aber quasi „begleitet“ und „überwölbt“. (Vgl. Bildungsthema 2 – 2007: Die Welt, in der wir leben: Krieg, Ausbeutung, Unterdrückung, Massenarbeitslosigkeit, Ausplünderung von Naturressourcen, Widerstand) Nicht nur aus dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch in zunehmendem Maße im Zusammenhang mit der existentiellen Krise müssen daher die gesellschaftlichen Kräfte erwachsen, die durch die Überwindung des Kapitalismus diesen Gefahren entgegentreten.

Wenn nach Marx Revolutionen die Lokomotiven der Geschichte sind, schreibt Oskar Negt, dann sind heute vielleicht Revolutionen die Notbremsen des Menschengeschlechts in einem kapitalistischen Zug, der auf einen Abgrund zurast.

3.4. Strukturwandel der Arbeiterklasse

Im Parteiprogramm von 2006 stellen wir fest, dass sich in der Arbeiterklasse unter dem Einfluss der wissenschaftlich-technischen Entwicklungen ein Strukturwandel vollzieht. Die Arbeiterklasse verschwindet nicht, aber ihre industriellen Kerne sind „abgeschmolzen“ der Anteil der Industriearbeiter an den abhängig Beschäftigten verringert sich weiter.

Tendenzen der Präkarisierung, der Exkludierung, der Fragmentierung und der Verarmung nehmen zu. Über ein Drittel der Lohnabhängigen in Deutschland gelten heute als arm oder von Armut bedroht.

Werner Seppmann weist in einem UZ-Artikel (UZ Nr. 31 und 32) darauf hin, dass ein realistisches Verständnis vom Strukturwandel der Arbeiterklasse erforderlich macht zu verstehen, dass z. B. eine Krankenschwester zwar nicht zur traditionellen Arbeiterklasse gehört, sie jedoch als Mitglied der Lohnabhängigenklasse in großen Betriebseinheiten ebenso aktionsfähig ist, wie die Mitarbeiter beispielsweise der Müllabfuhr oder Beschäftigte von Verkehrsunternehmen.

Die Handlungsmöglichkeiten von verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse erschließt sich nicht (mehr) aus dem Allgemeinplatz „Historische Mission der Arbeiterklasse“, sondern nur durch die konkrete Analyse der Veränderungen der Klasse und den sich daraus ergebenden Handlungsmöglichkeiten (Seppmann)

Der globalisierte Kapitalismus bringt die Tendenz zur Entstehung einer globalen Arbeiterklasse hervor, die mehr als bisher weiblich ist. Auf Grund krasser Unterschiede in den Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in den einzelnen Regionen, können die einzelnen Abteilungen dieser internationalen Klasse noch gegeneinander ausge-

spielt werden. Damit nimmt die Möglichkeit der Ausbeutung in den Zentren und der Peripherie zu.

Daraus folgt, so im aktuellen Parteiprogramm der DKP, dass sich die Arbeiterbewegung international vernetzen, sich entlang der globalen Produktionsketten organisieren muss um eine Gegenmacht zu den transnationalen Konzernen aufzubauen.

3.5. Alte und neue Akteure des sozialen und antikapitalistischen Kampfes

Trotz vieler Anzeichen neuer Entschlossenheit und Kampfbereitschaft in vielen Belegschaften befinden sich die Gewerkschaften wenn nicht in einer Krise, so doch in einer „strukturellen Defensive“ (H. J. Urban auf dem 15. isw-Forum 2007).

Dies liegt nicht in erster Linie am mangelnden Willen der haupt- oder ehrenamtlichen KollegInnen, sondern an den veränderten Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit u. a. auf Grund der Etablierung eines globalen neoliberalen Finanzmarktkapitalismus in dem die auf den Finanzmärkten erzielbaren Renditen zu Messlatten betrieblicher Rentabilität werden.

Diese Finanzmarkt-Ökonomie, die sich ausbreitende Unsicherheit durch den Abbruch sozialer Standards sind die objektiven Faktoren für die Defensive der Gewerkschaften.

Immer mehr zeigt sich auch in den Gewerkschaften, dass es, um Erfolge zu erringen, ein „Bündnis der Verschiedenen“ (Urban) braucht, eine gesamtgesellschaftliche Mobilisierung zur Durchsetzung sozialer Interessen, die über das traditionelle Gewerkschaftsspektrum hinaus geht.

Die DKP setzt – das ist nicht neu – auf die Stärkung autonomer Gewerkschaften, ohne die es keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen geben wird.

Auch erneuerte, klassenkämpferische Gewerkschaften allein sind jedoch noch keine hinreichende Voraussetzung für die Überwindung des neoliberalen Kapitalismus. Diese Überwindung setzt eine breite gesellschaftliche Aktivierung und die Formierung der Gegenkräfte, eines „gegenhegemonialen Blockes“, voraus.

Ein solcher Block müsste als Bündnis derjenigen Akteure entstehen, die derzeit noch relativ isoliert in ihren Handlungsfeldern an der Bearbeitung einzelner Probleme der neuen Kapitalismusformation und der Mobilisierung von Gegenkräften arbeiten.

Dazu gehören die globalisierungskritischen Bewegungen, soziale Initiativen sowie die kritischen Teile der kulturellen Linken, Wissenschaftler und Intellektuelle.

3.6. Von der globalisierungskritischen zur antikapitalistischen Bewegung

Das Entstehen einer globalisierungskritischen Bewegung (attac) und einer bunten antikapitalistischen Bewegung, wie sie sich in Rostock und Heiligendamm beim G8-Gipfel zeigte, macht sichtbar, dass zwar die Ideologie des neoliberalen Kapitalismus noch hegemonial ist, dieses System vielen Menschen noch alternativlos erscheint. Aber seine Integrationskraft nimmt ab, seine Legitimationsprobleme werden größer.

Fast zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder in Europa beginnt bei vielen Menschen eine Suche nach Alternativen zum Kapitalismus.

Ein Reflex auf die Erfahrungen mit dem realen Sozialismus wie mit der politischen Praxis des Kapitalismus ist eine in diesen Kreisen stark vorhandene Parteienskepsis bzw. Parteienfeindlichkeit.

Die Meinungen und Erfahrungen von Kommunistinnen und Kommunisten – wenn sie denn hörbar werden – sind zwar in diesen Bewegungen respektiert, ihre Organisationsformen und Herangehensweisen werden allerdings mehrheitlich als ungeeignet erachtet.

Für die weitere Entwicklung dieser Bewegungen und für die Chancen zur Bildung eines Blockes gegen den neoliberalen Kapitalismus ist wichtig, wie diese Bewegungen ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften und zur Arbeiterbewegung definiert.

3.7. Das Entstehen der Linkspartei

Die Linkspartei ist für Kommunisten ein Problem und eine Chance zugleich, jedenfalls stellt sie für die Kommunistische Partei eine völlig neue Situation dar.

Mit dem Wirken der Linkspartei werden linke Alternativen, die auch die DKP in vielen Positionen vertritt, öffentlicher, kommen in Medien und Parlamenten zur Sprache.

Die Linkspartei besetzt dabei einen politischen Raum, den die SPD durch ihre Umwandlung in eine neoliberale Partei frei gemacht hat und mobilisiert bei Wahlen ein linkes Potential, das von der DKP nicht erreicht werden konnte.

Soweit die Linkspartei eine konsequente Antikriegsposition einnimmt und bei ihrer sozialen Programmatik bleibt, kann sie ein wichtiger Faktor einer möglichen Linksentwicklung sein.

Insofern ist die Partei „Die Linke“ eine große Chance für die Entwicklung dieses Landes - aber nimmt sie diese Chance auch wahr? „...Die eigentliche Probe aufs Exempel steht noch aus“, schreibt Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform der PDL und weiter „...Was wird kommen, wenn die Linke möglicherweise in Brandenburg, im Saarland, in Sachsen und Thüringen in der Regierung sein wird?

Was wird... dann bleiben von der nicht unsympathischen Politik der Bundestagsfraktion der Linken? Was wird geschehen, wenn sich in der SPD jene durchsetzen, die vorwiegend um des Machterhaltes Willen, bereit sind mit der Linken zu koalieren? Wer diese Fragen heute nicht stellt, ist ein Träumer.“ Sie meint jedoch auch: „Aber wer heute nicht sieht, dass sich diese Partei nach links bewegt – und das ist untrennbar mit Lafontaine verbunden – der trägt den Realitäten ebenso wenig Rechnung. Der Weg der Linken ist nach vorne offen.“ Letzteres ist sicher richtig, nicht aber die Einschätzung, die Partei bewege sich mit Lafontaine nach links.

Denn da wo die PDL jedoch, eingebunden in oder gierend nach Regierungsverantwortung, von linken, sozialen Alternativen, von konsequenter Antikriegspolitik usw. abrückt, und weiter „ver-parlamentarisiert“, trägt dies zur Delegitimierung aller linken Kräfte und zu einem verstärktem Ohnmachtgefühl bei den Menschen bei, die sich wehren wollen.

3.8. Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Mit den progressiven, antiimperialistischen und sozialistischen Entwicklungen in Cuba, Venezuela und mehreren Ländern Lateinamerikas, ist eine neue Diskussion über einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts entstanden.

Im „Hinterhof der USA haben sich die Kräfte gegen Neoliberalismus und Yankee-Imperialismus in einem historisch beispiellosem Maße verstärkt. „Bolivarianische“ Revolutionskonzeptionen können dort einen Entwicklungsweg zu einer sozialistischen Gesellschaftsstruktur aufstoßen, die den dortigen Bedingungen entsprechen und gleichzeitig Auswirkungen auf andere Regionen und Konzepte haben werden.

Diese Konzepte werden ebenso wenig schematisch auf andere Verhältnisse übertragbar sein wie das im vorigen Jahrhundert möglich war.

Aber sie bilden ebenso wie die die Geschichte des Sozialismus und unserer Bewegung im 20. Jahrhundert eine wichtige geschichtliche Erfahrung und Inspiration für die kommenden Kämpfe und die nächsten 40 Jahre der DKP.

4. „Sozialismus oder Barbarei“ - Schlussfolgerungen für die DKP

Das alles drängt nach grundsätzlichen Alternativen – nach einer anderen Produktions- und Lebensweise, nach einer anderen Welt – nach Sozialismus

Doch die Alternativkräfte sind schwach, von Gegenmacht kann keine Rede, die Systemfrage wird nur in Ansätzen gestellt („Eine andere Welt ist möglich) aber Kapitalismuskritik nimmt zu.

Alle aufgeworfenen Fragen erfordern grundsätzliche Antworten, ohne bei abstrakter und ausschließlicher Fundamentalkritik stehen zu bleiben. Christina Kaindl (Diplom-Politologin/Magdeburg) schreibt, „dass linke Politik lernen muss, die fundamentale Kritik und die Zurückweisung der Zumutungen des Kapitalismus klug mit einer konkreten Politik der Verteidigung sozialer Rechte zu verbinden“.

Was sind die Aufgaben einer marxistischen Partei heute und für die Zukunft und was unterscheidet sie von anderen Linken im Land?

Sie hat die Aufgabe

- Die Entwicklungen zu analysieren um daraus gesellschaftliche Tendenzen abzuleiten: Das kann sie nur, wenn sie die von Marx entwickelten Bewegungs- und Entwicklungsgesetze auf die heutigen Bedingungen anwendet und wie Lenin die Frage nach dem strukturbestimmenden Kapitalverhältnis stellt. Aus der Erkenntnis der Gesetze (insbesondere der kapitalistischen Akkumulation) konnte Marx den heutigen Weltmarkt vorhersagen, Lenin leitete aus der aktuellen Analyse der damals bestimmenden Kapitalverhältnisse die imperialistische Expansion ab. Das strukturbestimmende Kapitalverhältnis ist heute der transnationale Konzern/Multi bzw. das transnationale Monopol.
- Die DKP muss die Eigentumsfrage stellen als Kernfrage für die Zukunft der Bewegungen: Beides sind Aufgaben, die Marx und Engels den Kommunisten bereits im Manifest stellten. Der Kapitalismus ist zu einer Lösung der globalen Probleme nicht fähig. Unter privatkapitalistischem Eigentum und der gegenwärtigen Machtkonstellationen verwandeln sich die Produktivkräfte zunehmend in globale Destruktivkräfte. Notwendig ist eine Vergesellschaftung aller wichtigen Produktionsmittel, der Finanzinstitute und Naturressourcen, die über eine Verstaatlichung hinausgeht.

In der gegenwärtigen Phase kommt es darauf an,

- den Kampf um den Frieden, gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr in aller Welt, zu verstärken.
- die Machtexpansion der TNK zu stoppen, ihre Macht zurückzudrängen durch den Kampf gegen weitere Privatisierung, Wieder-Vergesellschaftung von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und gesellschaftlichen Grundbedürfnissen: Kommunikation, Post, Medien, Kultur, Verkehr ... Durch Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle von Schlüsselbereichen: Energie, Banken.

Die DKP muss aktions- und handlungsorientiert sein: Anders als die Linkspartei sollte unser absoluter Schwerpunkt auf den außerparlamentarischen Bewegungen liegen.

Die Aktionen gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm und Rostock haben Anstöße zu neuen, jugendgemäßen Widerstandsformen gegeben: Blockaden, Besetzungen (Bombodrom) – Übergang vom plakativen Protest zum aktiven Widerstand. Die DKP sollte dazu beitragen, eine Kultur des zivilen Ungehorsams zu entwickeln. Das reicht von Stromzahlungsboykott, über Besetzungen/Blockaden bis zum politischen Streik.

In den Gewerkschaften setzen sich Kommunisten dafür ein, dass die bisherige Stellvertreterpolitik durch eine Beteiligungs- und Handlungsorientierung abgelöst wird und die Gewerkschaften ein politisches Mandat wahrnehmen. Das Recht auf politischen Streik/Generalstreik darf nicht nur gefordert, sondern muss - schrittweise - erkämpft werden. Die Aktionen im Zusammenhang mit Rente 67 oder der Telekom-Streik waren dazu kleine, aber wichtige Schritte.

Eine marxistische Partei hat dann eine Existenzberechtigung, wenn sie

- die Triebkräfte und Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklungen zu analysieren vermag und daraus durchsetzbare Strategien für mittel- und langfristige Ziele entwickelt;
- Zusammenhänge zwischen dem Kampf um Frieden, um soziale und demokratische Reformen und der Zurückdrängung und Überwindung der Macht der transnationalen Konzerne aufzeigen kann;
- beitragen kann, dass sich die Bewegungen in der Frage des gemeinsamen Feindes TNK/Multis vernetzen können;
- Sich als weitertreibende Kraft profiliert und so die Eigentums- und Systemfrage konkret und nicht plakativ stellt;
- Einen Beitrag leistet für ein neues sozialistisches Projekt. Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft: zunehmende Ausbeutung, Krieg, Zerstörung der natürlichen Existenzbedingungen des Menschen - drängen nach grundsätzlichen Alternativen. Notwendig ist eine andere Produktions- und Lebensweise, eine andere Welt – Sozialismus.

Für Kommunisten ist es mit Schönheitskorrekturen am Kapitalismus nicht getan. Mit den Positionen unseres Parteiprogramms, den darin dargelegten und verallgemeinerten historischen Erfahrungen wie Schlussfolgerungen haben wir als kommunistische Partei für die heutigen und künftigen Sozialismus-Debatten und für die Stärkung der heutigen außerparlamentarischen Bewegungen eine wichtige Grundlage gelegt.

Die DKP setzt dem neoliberalen Kapitalismus eine sozialistische und kommunistische Alternative und Perspektive entgegen. Das ist und bleibt die notwendige Antwort auf die gravierenden Probleme der Menschheit heute und für Lösungen der Zukunft im Interesse der Völker dieser Erde.